



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Zusammenbruch?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zusammenbruch ?

Von Georg Kleinow

„Einstehe für Pflichterfüllung

bis zum Aeußersten!“ Das hat einst ein deutscher Offizier dem Kaiser aus dem fernen Kiautschou gedrahlet, als schon der Tod an die Tore seiner Festung pochte.

Auch vor der Festung Deutschland steht der Tod. Acht Mal schon ist der Ausfall geglückt, der grinsende Schnitter zurückgetrieben. Jetzt wird zum neunten Male Sturm geblasen. Bis in die letzten Ecken und Winkel des Reichs dringt der Ruf zur neuen Offensive des Geldes, zum neuen Weltkampf der silbernen Kugeln, wie eiller Feindesdümel sich einst ausgedrückt hat.

Spannung hält die Welt gefangen. Wird die Geschichte einst den Enkeln wieder erzählen: „ . . . und alle, alle kamen !?“ Sie dürfen nichts anderes hören und werden nichts anderes hören, unsere Enkel, wenn jeder für uns einsteht für Pflichterfüllung bis zum Aeußersten.

Darum zeichne!



er Fragen sind so viele, die auf uns einstürmen und alles ist so umnebelt vom Staub der widersinnigsten Gerüchte, daß es fast unmöglich scheint, sich ein Bild von dem, was geschehen ist, was geschieht und was weiterhin geschehen soll, kann oder wird, zu machen, geschweige denn anderen ein Bild davon zu geben. Am leichtesten scheint es noch, sich zu vergegenwärtigen, wie alles gekommen ist. Aber mögen wir mit dem Sturze Bethmanns oder Bismarcks, mit der preußischen Wahlrechtsfrage oder mit unserer Diplomatennot, mit Verdun oder dem Frieden von Bukarest beginnen, wir kommen schließlich doch nur zu den nämlichen Staubwolken, hinter denen wir ebenso gut Schutt wie festes Gemäuer vermuten können. Wenn man gewissen Berliner Stimmen glauben wollte, müßten wir uns auf einen Trümmerhaufen gefaßt machen. Ein historischer Rückblick hat aber auch seine Schwächen:

er könnte nur subjektiv sein und würde darum die Fehler anderer den eigenen gegenüber mehr in den Vordergrund schieben, wie es historische Gerechtigkeit verträge. Das Bild könnte nur einseitig und bis zu gewissen Grenzen schief sein, da wir als handelnde Personen an den Dingen mehr oder weniger mitwirkten, die wir jetzt in dieser Stunde tiefster Umwälzung und Umwertung aller politischen Werte kritisieren sollen. Ich schreibe dies nicht, um mich für meine späteren mageren Ausführungen von vornherein zu entschuldigen, sondern aus dem in diesen Stunden besonders tief empfundenen Verantwortungsgefühl meinen Lesern gegenüber, die mir durch zehn Jahre treu gefolgt sind und die besonders im laufenden Jahre meinen politischen Aufsätzen so große Beachtung geschenkt haben. Wir stehen vor einer Amorientierung! Neue Leitsätze für die politische Stellungnahme sind zu suchen. Wir sind über Nacht allesamt vor eine völlig neue Lage gestellt, in die sich hineinzufinden um so schwerer fällt, je besorgter das Neue uns macht. Die staatspolitische Basis, von der aus dem Weltgeschehen bisher gefolgt wurde, ist uns unter den Füßen fortgezogen. Es ist uns, als durchlebten wir einen wüsten Traum! Töne, Worte, Anschauungen werden uns frech zu Gehör gebracht, die sich gestern noch nur heimlich im Flüstertone an die Öffentlichkeit wagten, da ihre Träger fürchteten, als Landesverräter gebrandmarkt zu werden. Die idealen Worte Friede und Völkerbund scheinen eine ähnliche Wirkung ausüben zu sollen, wie vor hundertdreißig Jahren die nicht minder edel gedachten Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit . . .!

Aus solchen Stunden der Verwirrung gibt es aber doch einen Ausweg, eine Möglichkeit, sich zurecht zu finden: die rücksichtsloseste Sachlichkeit gegenüber den Tatsachen, die man zu meistern im Augenblick nicht imstande ist. Nichts ist gefährlicher in solchen Stunden, wie das Aufwerfen der Schuldfrage, das Suchen nach Sündenböcken, das selbstgefällige „ich habe es ja längst kommen sehen!“ Wer einmal auf diesen Weg geraten ist, verfällt unweigerlich der Zersplitterung und wird nie zu einem Entschluß kommen, der zu neuen Zielen weisen könnte. Er würde das Opfer aller der Glücksjüster werden, die seit Jahr und Tag die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Nation mit kleinen Mitteln glaubten beeinflussen zu können.

Retten wir uns auf die erste beste Planke, die in dem Meer von Verwirrung um uns treibt, auf die nächste Tatsache, vor die wir gestellt sind: die erste Rede, die programmatische, die der achte Kanzler des Deutschen Reiches der Volksvertretung hielt. Zweierlei springt vor allem in die Augen: die scheinbar völlige Unterwerfung unseres Staatswillens unter den Willen der Feinde, die uns mit Krieg überzogen und die Preisgabe der monarchischen Staatsform an die Demokratie. Das Zusammentreffen der beiden Tatsachen ist kein Zufall. Die dritte Tatsache, die von verschiedenen Seiten in den Vordergrund geschoben wird, daß mit dem Prinzen Max von Baden ein Ideologe voll heiligsten Eifers, voll Hingabe an das Schicksal der Menschheit, aber nicht eigentlich ein erprobter Staatsmann getreten sei, muß aus den angeführten Gründen zunächst gleichfalls zurücktreten; sie wird in einem anderen Rahmen zu behandeln sein. Und warum soll nicht schließlich ein Ideologe ein tüchtiger Staatsmann werden, nachdem uns alle die sachverständigen Realpolitiker so vollständig in den Dreck gefahren haben?

* * *

Im Vordergrund steht der Versuch der neuen Regierung, einen „ehrlichen, dauernden Frieden für die gesamte Menschheit“ zu finden, der nach des prinziplichen Reichskanzlers Glaube „auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre“. Das ist durch die Form wie es geschehen die praktische Anerkennung des demokratischen Programmes für die Handhabung der auswärtigen Politik. Wer aber ein Ziel als erstrebenswert anerkennt und es auch erreichen will, darf nicht davor zurückschrecken, auch die Mittel anzuwenden, die zur Erreichung des Zieles notwendig sind. Daraus folgte für die Kaiserliche Regierung die Notwendigkeit der Demokratisierung bis zu dem Maße, daß sich die Kräfte in ihr vereinigen konnten, das neue Programm durchzuführen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß so grundstürzende Entschlüsse, wie die jüngst gefaßten, auf die den Ereignissen fernestehenden Kreise den Eindruck nicht nur einer einfachen Kapitulation, sondern den völligen Zusammenbruch und heilloser Verwirrung machen. Indessen sollte schon die Tatsache der Schnelligkeit und Sicherheit, mit der die Wandlung vollzogen wurde, die kühleren Köpfe auch im großen Publikum auf die Vermutung lenken, daß hier nicht eigentlich eine uneingeschränkte, vom Zufall herbeigeführte Katastrophe erfolgte, sondern daß einer unter der Bestrahlung durch die militärpolitische Lage zu schneller Reife gelangten Entwicklung planmäßig Rechnung getragen wurde. Wir finden in der Kanzlerrede vom 5. Oktober einen Anhalt für die Auffassung, ohne daß sie besonders zum Ausdruck gebracht worden wäre. Der Herr Reichskanzler hat ausgeführt, die deutsche Regierung werde bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, „daß in die Verträge Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung aufgenommen werden, welche die vertragschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen.“ Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen! wird mir zugerufen. Dieser Programmpunkt wäre vielleicht durchzuführen, wenn die Internationalität der Gewerkschaften gesichert und die Arbeiterparteien aller Länder die Regierungsgewalt so in die Hand bekämen, wie es in Deutschland durch den Kaiserlichen Erlass vom 30. September 1918 geschehen ist! Durchaus richtig. Die Voraussetzung für den ganzen Schritt ist der Glaube an den Sieg jener Demokratie, die auf deutschen Universitäten und in den deutschen Gewerkschaften entwickelt worden ist, und die in einer sozialen Fürsorge für die Massen des Volkes gipfelt und nicht in jener Kryptodemokratie des großen Kapitals, wie sie sich im angelsächsischen Imperialismus widerspiegelt. Im Rahmen der politischen Ereignisse betrachtet ist das neue Friedensangebot eine Anknüpfung an den Versuch des internationalen Gewerkschaftsbureaus im Haag aus dem Frühjahr 1917, das den Frieden mit Hilfe einer internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm zustande zu bringen hoffte, der bekanntlich an dem Widerstande Brantings und der europäischen Ententeregierungen scheiterte. Wir haben damals den Versuch gut geheißt, weil wir aus der Haltung unserer Mehrheitssozialisten während des Krieges den sicheren Eindruck gewonnen hatten, daß sie auch nicht ein kleinstes Teilchen der Rechte des deutschen Arbeiters an das Ausland verschachern würden, was wiederum die Gewähr dafür bot, daß sie auch die Interessen des deutschen

Gesamtstaates, der wie kein anderer für die breiten Schichten des Volkes gesorgt hat, aus den Augen verlieren würden. Wie persönlicher Augenschein in Stockholm im Herbst 1917 uns lehrte, haben wir uns nicht getäuscht. Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft haben in Stockholm im Rahmen ihrer internationalen Ideale deutsche Politik getrieben! Aus diesem Zusammenhange wird dann auch die Haltung der Krone und der kühne Entschluß des Kaisers verständlich, die Führer der deutschen Arbeiterschaft zu den wirklichen Trägern der Reichsregierung und so auch zu Sachwaltern des Interesses der Gesamtnation zu machen. Denn darüber wollen wir uns keinen Illusionen hingeben: nicht die Herren Bayer oder Erzberger oder die Berliner Freisinnigen, nicht der badische Thronfolger oder Herr Dr. Solf sind die Leiter der Regierung, sondern die Führer der organisierten Arbeiterschaft, die Herren Scheidemann und Giesbert sind es. Die Krone hat mit ihrem Schritt ein ungeheures Opfer gebracht, aber auch dem Wort vom sozialen Kaisertum einen neuen, tieferen Klang verliehen. Der Kaiser hat sich im Augenblick höchster Not als ein echter erster Diener seines Staates erwiesen, indem er für sich und sein Haus so viel wagte.

Betrachten wir die Schritte der Regierung aus diesem Gesichtspunkt, so bedeuten sie einen innerpolitischen Vorgang, mit dem wir uns innerpolitisch mit den gegebenen politischen Mitteln auseinandersetzen könnten, wenn sie nicht unter dem Druck einer äußeren Notlage geschehen wären, die unsere innere Entwicklung auf das tiefste beeinflusst. Der Feind pocht an die Tore der Heimat! Zwar hält die Armee in bewunderungswürdiger Ausdauer; aber an der inneren Front machen sich Zeichen der Zerfetzung bemerkbar, die fast schwerer wiegen als die verlorene Schlacht. Darum hat „die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Nacht zum 5. Oktober ersucht, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung ferner, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.“

Um die ganze Tragweite dieses Schrittes, durch den wir unser Schicksal vertrauensvoll in die Hand Wilsons zu geben scheinen, recht zu verstehen, müssen wir uns vergegenwärtigen, was Wilsons Programm ist.

In der Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar hat Wilson die vielgenannten vierzehn Punkte aufgestellt. Die betreffende Stelle seiner Rede lautet:

Der erste Punkt ist, daß alle Friedensverträge öffentlich sind und öffentlich zustande gekommen sind, und daß danach keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgend welcher Art mehr getroffen werden dürfen, sondern die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll.

Der zweite Punkt ist vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere, außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Kriege, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

Der dritte Punkt ist die Beseitigung, soweit sie möglich ist, aller wirtschaftlichen Schranken und die Errichtung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

Die vierte Bedingung ist, daß entsprechende Garantien gegeben und angenommen werden, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

Punkt fünf: Es sollte eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche herbeigeführt werden, die auf einer strikten Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen.

Punkt sechs: Wir müßten ferner die Räumung des ganzen russischen Gebietes sowie ein Einvernehmen in allen Fragen, die es betreffen, verlangen, zwecks freier Mitwirkung der anderen Nationen der Welt, um Rußland eine unbeeinträchtigte und unbehinderte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner politischen Entwicklung und nationalen Politik erringen zu helfen, um es in der Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählten Staatsverrichtungen willkommen heißen zu können; darüber hinaus würden wir Rußland Unterstützung jeder Art, die es nötig hätte und wünschen würde, gewähren.

Punkt sieben: Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmt, geräumt und wieder aufgerichtet werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, deren es sich in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen erfreuen soll, zu beschränken.

Punkt acht: Das ganze französische Territorium müßte befreit und die besetzten Teile wieder hergestellt werden, sowie das Unrecht, daß Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugesügt wurde und das den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren in Frage gestellt hat, sollte wieder gutgemacht werden, damit der Frieden im Interesse aller wieder sichergestellt werden kann.

Punkt neun: Es müßte eine Berichtigung der italienischen Grenzen nach dem klar erkennbaren nationalen Besitzstande durchgeführt werden.

Punkt zehn: Den Völkern von Österreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir sichergestellt zu sehen wünschen, müßte die erste Gelegenheit einer autonomen Entwicklung gegeben werden.

Punkt elf: Rumänien, Serbien und Montenegro müßten geräumt und die besetzten Gebiete zurückerstattet werden; Serbien müßte einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten und die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander müßten durch freundschaftlichen Verkehr gemäß den historisch feststehenden Grundlinien von Zusammengehörigkeit und Nationalität bestimmt sein; auch müßten internationale Garantien der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit sowie der Unverletzlichkeit des Landbesitzes der Balkanstaaten gegeben werden.

Punkt zwölf: Den türkischen Teilen des gegenwärtigen osmanischen Kaiserreiches müßte unbedingte Selbständigkeit sichergestellt werden. Aber die anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, wollen eine unzweifelhafte Sicherheit für ihre Lebensbedingungen und eine vollkommen unbeeinträchtigte Gelegenheit zu autonomer Entwicklung erhalten. Die Dardanellen sollten dauernd als freie Durchfahrt unter internationalen Garantien den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet werden.

Punkt dreizehn: Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder umfaßt, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, der einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßten, sollte errichtet werden.

Punkt vierzehn: Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen sowie der kleinen Nationen.

Die nächste wichtige Kundgebung Wilsons ist jene Rede, die er zur Feier des 4. Juli am Grabe Washingtons gehalten hat. Sie gipfelt in der Aufstellung von vier Punkten, die, wie Wilson sagte, verwirklicht werden müßten, ehe Friede werden kann. Die vier Punkte lauten:

1. Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit.

2. Regelung aller Fragen, sowohl der territorialen, wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und politischen Fragen auf der Grundlage einer freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das unmittelbar dabei betroffen ist, und nicht auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteiles irgendeines anderen Volkes, das eine andere Regelung zur Ausbreitung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht.

3. Einwilligung aller Völker, in ihren Verhältnissen zueinander sich von denselben Grundsätzen der Ehre und Achtung vor dem Wohnheitsrecht der zivilisierten Gesellschaft leiten zu lassen, wie sie für die einzelnen Bürger moderner Staaten gelten, dergestalt, daß alle Versprechungen und Verträge gewissenhaft beobachtet, daß keine Sonderanschläge und Verschwörungen angezettelt werden, und daß wechselseitiges Vertrauen geschaffen wird, auf der Basis wechselseitiger Achtung vor dem Recht.

4. Schaffung einer Friedensorganisation, die verbürgt, daß die gesamte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhüten wird, und die ein Schiedsgericht einrichtet, dem alle internationalen Gegensätze unterbreitet werden sollen.

Schließlich kommt die Rede in Betracht, die Herr Wilson am 27. September gehalten hat, um für die jüngste amerikanische Kriegsanleihe zu wirken. Aus ihr heben wir die folgenden fünf Punkte hervor.

1. Die unparteiische Gerechtigkeit darf keine Unterscheidung zwischen denen einschließen, gegen die wir gerecht zu sein wünschen, und denen, gegen die wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine verschiedenen Maßstäbe, sondern gleiche Rechte für die verschiedenen in Betracht kommenden Völker.

2. Kein besonderes oder abgetrenntes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder einer Gruppe von Nationen, das mit dem gemeinsamen Interesse aller unverträglich ist, kann zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens gemacht werden.

3. Es kann in der allgemeinen gemeinsamen Familie des Völkerbundes keine Verbände, Bündnisse oder besondere Abmachungen und Verständigungen geben.

4. Es kann, und das geht mehr ins einzelne, keine besonderen wirtschaftlichen Kombinationen innerhalb des Bundes geben, keine Anwendung irgendeiner Form wirtschaftlichen Boykotts oder Ausschusses, abgesehen von der im Völkerbund selbst als Strafmaßregel verhängten Ausschließung von den Weltmärkten, die als Mittel der Disziplin und der Kontrolle dient.

5. Alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen der ganzen übrigen Welt bekanntgegeben werden.

Es wird zugegeben, daß die vierzehn Punkte Wilsons, vom allgemein menschlichen Standpunkte aus gesehen, mancherlei Verlockendes enthalten. Es ist vieles in ihnen, worum Generationen ringen und wofür manch edler Mensch sich geopfert hat. Aber alle leiden an dem Fehler, daß Deutschland und das Deutschum sich bereit erklären sollen, sich im ganzen für ihre Durchsetzung zu opfern. Wir sollen nicht nur die besetzten Gebiete räumen — dieser Forderung steht in der Tat nach Abschluß des Friedens nur die Wahl des Zeitpunktes entgegen —, wir sollen Elsaß-Lothringen, Posen, Westpreußen und andere Gebiete aus dem Reichs-

verbände entlassen, während Österreich auf die von Italienern und Polen bewohnten Gebiete verzichten und sich womöglich ganz in seine nationalen Bestandteile auflösen soll. Durch den Ersatz der Kriegsschäden an Belgien und Frankreich, die von französischer Seite auf etwa dreißig Milliarden geschätzt werden, sollen wir gezwungen werden, der Welt gegenüber das Odium der Schuld am Ausbruch des Krieges zu übernehmen. Das ist der springende Punkt! Die Gegenleistungen wie: Freiheit der Schifffahrt, Gleichheit der Handelsbeziehungen, Herabsetzung der Rüstungen, gegenseitige Garantieleistung der Unabhängigkeit hätten neben dem Verdikt jede Bedeutung für uns verloren. Denn wir allein wären als angebliche Kriegsanzügler ohne weiteres von jeder dieser Freiheiten ausgeschlossen, wenn wir sie uns nicht selbst durch die Kraft unserer Einigkeit und Tüchtigkeit zu erringen vermögen. Im übrigen: wie will ein Völkerbund anders als durch Waffengewalt z. B. England zwingen, die eroberten Gebiete, Ägypten, Arabien, Mesopotamien, Palästina und viele andere mehr zu räumen? Wie soll Japan gezwungen werden abzurüsten und sich militärisch aus China, Korea, aus den holländischen Kolonien zurückzuziehen? Ist Herrn Wilsons Programm ehrlich gemeint als eine Wohltat an der Menschheit, so müßte unser Friedensangebot zu einem Bündnis mit Amerika führen und zu neuen Kriegen gegen die ganze übrige Welt, vielleicht mit Ausnahme der Slawen, um den Wilsonschen Idealen die Durchsetzung zu erzwingen. Das sozialisierte Deutschtum mit dem Slawentum, mit Maximalisten, Tschechen, Slowaken, Polen Arm im Arm gegen die angelsächsische Kapitalallmacht zur Revolution vereinigt! Es gäbe noch mehr Kombinationen! Doch vor ihnen allen liegt die Auflösung Europas in Anarchie und Vernichtung der Arbeitsgrundlagen für das deutsche Volk. Die Annahme des Friedens, wie Wilson ihn uns auferlegen will, würde wegen Kapitalmangels die Einstellung zahlreicher Industriebetriebe zur Folge haben, erhebliche Vermehrung der Auswanderung, Niedergang der Landwirtschaft und in deren Folge die Slawisierung Norddeutschlands.

* * *

Damit sind wir wieder mitten in den innerpolitischen Konsequenzen der Wandlung angelangt. Sie sind ungeheuer ernst und tief und werden in alle Verhältnisse unseres staatlichen, gesellschaftlichen und nationalen Lebens eingreifen. Wir verkennen durchaus nicht, was für den in alten monarchischen Anschauungen aufgewachsenen Teil des deutschen Volkes die Worte des Reichskanzlers bedeuten, „daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die nicht aus ihm führende Männer entnimmt.“ Aber diese Konsequenzen brauchen nicht vernichtend zu sein, solange wir uns nicht selbst preisgeben. Die Demokratisierung und Parlamentarisierung bedeutet doch schließlich auch nur eine Veränderung des politischen Kampffeldes, nicht seine Preisgabe! Wir wollen darum zunächst einmal alle Bedenken in die zweite Reihe schieben, wie der Kaiser dynastische Interessen restlos hinter die des Staatswohles setzte, und uns ohne Hintergedanken auf den Boden der Wirklichkeit stellen: diese Wirklichkeit heißt Parlamentsherrschaft, Volksherrschaft! Und zum Volke gehören auch wir. Wir verlieren darum unsere Bedenken nicht aus den Augen und werden uns um sie kümmern, sobald die größere Gefahr, die äußere,

beseitigt ist. Der Feind pocht mit mächtigen Schlägen an die Pforten der Heimat! Daher ist unsere Sorge in erster Linie darauf gerichtet, zu erforschen, was wir von der neuen Regierung für die Verteidigung unseres Landes zu erwarten haben.

Der Herr Reichskanzler hat seine Mitarbeiter nach einem ganz bestimmten Gesichtspunkte ausgewählt; so zwar, daß er sagen konnte, die Grundzüge seines Programmes könnten den Vergleich mit allen fremden Regierungsgrundsätzen aushalten. Die Rücksicht auf das Ausland, insbesondere auf die Auffassungen Wilsons über die Beziehungen von Volk zu Volk und Individuum zum Staat, ist der alleinige Gesichtspunkt bei der Wahl der Mitarbeiter gewesen, mit dem Ziel alle Hindernisse fortzuräumen, die das Friedenswerk aufhalten könnten. Aus diesem Grunde allein mußte der sehr tüchtige Herr von Hinzé Herrn Dr. Solz weichen, dessen Fähigkeit Menschen zu behandeln wir in seiner Eigenschaft als Kolonialstaatssekretär allerdings bewundern konnten. „Ich war der Überzeugung, sagte Prinz Max, daß die Einheitlichkeit der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloß schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt fast für noch wichtiger die Einheitlichkeit der Genennung. Von diesem Gesichtspunkt bin ich ausgegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem Standpunkt des Rechtsfriedens stehen, unabhängig von der Kriegslage, daß sie sich zu diesem Standpunkt auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen.“

Wir haben also bis zu einem gewissen Grade eine pazifistische Regierung. Daraus erklärt sich eine Unterlassung, die dem Friedensangebot recht verhängnisvoll werden kann. Als Wilson am 27. September seine Friedensziele anläßlich einer Propagandarede für die nächste amerikanische Kriegsanleihe darlegte, rief er die Nation zum Kampf auf ohne Einschränkung. Prinz Max von Baden hat nur davon gesprochen, daß wir entschlossen sind, „für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist“. Die neue Regierung muß ihrer Sache, daß ihr Friedensangebot angenommen wird, sehr sicher sein. Andernfalls war es ihre Pflicht, gerade in diesem Augenblick dahin zu wirken, daß in der Heimat für alle Fälle sofort eine Reservearmee unter die Waffen trat. Der waffenfähigen Männer älterer Jahrgänge, Offiziere und Mannschaften, gibt es noch genug in der Heimat, und ebenso sind genügend Vorräte in der Heimat aufgestapelt, um sie erstklassig ausgerüstet gegen den Feind ziehen zu lassen. Wir sehen in der Unterlassung eine bedenkliche Unterschätzung des Machtfaktors bei der Herstellung neuer Rechtsgrundlagen in den Beziehungen der Völker und sind um so besorgter, als gerade in liberalen Kreisen des Parlaments trotz der hohen Verantwortung für das Heil der Nation, die seit dem 5. Oktober auf ihren Schultern liegt, fortgefahren wird, antimilitaristische Propaganda zu treiben. Wohin diese Methoden führen, mögen die Herren an ihren russischen Gesinnungsgenossen erkennen. Es liegt nicht nur im Interesse des Deutschen Kaisers und der Konservativen, die Armee intakt und das Vertrauen in die erprobten Heerführer aufrecht zu erhalten, sondern ebenso im Interesse jedes einzelnen Deutschen, ohne Rücksicht auf Herkunft und Gewerbe. Der „Vorwärts“ und die deutsche Sozialdemokratie haben, scheint es, ihre Aufgaben mit Bezug auf die

Landesverteidigung tiefer aufgefaßt, als die Berliner Weltbürger des Liberalismus. In diesem Lager sieht man offenen Auges, daß mit dem Friedensangebot das Ende des Krieges noch nicht gewährleistet ist. „Hat die demokratische Friedenspolitik Wilsons im deutschen Volke keine Gegner mehr, lesen wir in Nr. 275 des „Vorwärts“ vom 6. d. M. . . ., so darf die Gegnerschaft, die sie im Entente-lager selbst hat, in dieser kritischen Stunde nicht übersehen werden. Der Widerstand, den unsere Armee im Felde leistet, gilt in keiner Weise mehr der Welt-demokratie, er gilt nur noch ihren Gegnern, den Imperialisten des Auslandes, und solange diese noch nach der Verschmetterung des deutschen Volkes schreien, darf er nicht erlahmen.“

* * *

Die Vorgänge der letzten vierzehn Tage haben uns alle tief erschüttert. Wir sind von dem Barock weitschweifender Hoffnungen auf einen siegreichen Frieden abgestürzt, und viele unserer Besten sind aus den Beobachtungen in Berlin heraus eher gestimmt an Zusammenbruch und Untergang zu glauben, als sich neuen Hoffnungen hinzugeben. Die Hauptquelle dieses Niederbruches der Stimmung liegt, soviel ich sehe und höre, nicht in den innerpolitischen Möglichkeiten, auch nicht in der Furcht, daß die Armee nicht standhalten könnte, sondern in dem Bewußtsein der Ohnmacht Wilson gegenüber, in die uns das Friedensangebot versetzt hat. Wissen wir doch nicht einmal, ob Wilson, selbst wenn er das beste Wollen hätte, auch die Macht besitzt, den Frieden herbeizuführen. Diese Bangigkeit wird von Leuten, die Privatinteressen verfolgen, benutzt, um die Bevölkerung einzuschüchtern und für einen weitgehenden Radikalismus zu gewinnen. Dadurch wird die Lage besonders ernst. Die Reihe der sich aus den Verhältnissen ergebenden Hiobsbotschaften ist, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, sicher noch nicht abgeschlossen. Rumänien rüstet zum Angriff auf Ungarn. Alle Konsequenzen des Abzuges unserer Truppen aus Rußland sind noch nicht bekannt. Polen und Tschechen ebenso wie die Südslawen sind sicher bereit, uns in den Rücken zu fallen. Dennoch! Arbeiten, jeder an seiner Stelle und bereit sein, wenn ihn ein neuer Tag zu neuen Taten für die Zukunft des deutschen Volkes inmitten des allgemeinen Kosmopolitentums aufruft. So vermeiden wir den Zusammenbruch der Nation, — was bisher geschah, war ein Abbruch alten Mauerwerkes, ein Zusammenbruch meinetwegen der Bureaucratie, ein Debakle der Diplomatie. Noch war es nicht mehr. Das Deutschtum wird und darf nicht untergehen!

